

Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch. Hrsg. v. Gerd Meyer.
A. Francke Verlag, Tübingen-Basel 1993, 354 S. (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien 5).

Mit den ostmitteleuropäischen Gesellschaften hat sich die politische Kulturforschung bis vor kurzem schwergetan. Das Verhältnis zwischen der offiziell behaupteten politischen Kultur der sozialistischen Länder und den tatsächlichen Orientierungen ihrer Bürger ließ sich bis 1989 nur abschätzen. Heute steht Meinungsumfragen, anhand derer die „subjektive Dimensionen des Politischen“, d. h. die Einstellungen und Haltungen der Bürger zu ihrem politischen System und ihre Vorstellungen über Politik, ermittelt werden können, nichts mehr im Wege. Für die postsozialistischen Umbruchgesellschaften ist die Aussagekraft solcher Studien allerdings umstritten. Denn diese erstellen ein Bild politischer Orientierungen, das möglicherweise flüchtig ist und schnell durch neue Entwicklungen korrigiert wird.

Der Vorzug des von dem Tübinger Politologen Gerd Meyer herausgegebenen Bandes über die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch liegt darin, daß er sich aus einer Reihe kleinerer Einzelstudien zusammensetzt. Die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes versuchen sich nicht an einem Gesamtbild der ungarischen, polnischen und tschechoslowakischen Gesellschaften seit dem Umbruch von 1989. Vielmehr diskutierten sie die Chancen und Gefahren einer demokratischen Stabilisierung Ostmitteleuropas anhand einzelner Fragenkomplexe. Das Interesse gilt

dabei einerseits Traditionslinien und Kontinuitäten der Region, die zum Teil bis ins vergangene Jahrhundert zurückverfolgt werden (so im Beitrag von F. Ryszka), andererseits den seit den achtziger Jahren einsetzenden Wandlungsprozessen und der Entwicklung bis zum Jahr 1992. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Analysen der Parteienlandschaft und das Wahlverhalten in den drei Ländern seit 1990.

Einleitend skizzieren die Beiträge von G. Meyer und I. Hanke die grundlegenden Probleme des institutionellen und mentalen Wandels in den Gesellschaften Ostmitteleuropas. Sie zeichnen ein illusionsloses Bild der Hypothek, die vierzig Jahre Sozialismus hinterlassen haben, und der Gefahren, die auf dem Weg zu einer demokratischen politischen Kultur drohen – weisen aber andererseits auf das „tiefe Bedürfnis nach Wandel“ hin, das die postsozialistischen Gesellschaften vereint. Die Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit als eine der Voraussetzungen für den politischen Umbruch dokumentiert der beeindruckende Beitrag von Wienfried Thaa. Auf die Rolle der Intelligenz und Herausbildung neuer politischer Eliten gehen die Beiträge von B. Pokol, A. Bozóki und L. Brokl/Z. Mansfeldová ein.

Für Ungarn läßt sich die Entwicklung der in der Gesellschaft herrschenden Haltungen zu Politik und Staat, der Erwartungen, Hoffnungen und auch der einsetzenden Desillusionierung für die Jahre seit 1985 anhand des vorgelegten Datenmaterials sehr gut verfolgen. Auch aus Polen werden interessante Umfrageergebnisse zur Einschätzung der eigenen Gesellschaft und ihrer Wertmaßstäbe sowie der Haltung zu anderen Völkern vorgestellt. Leider fehlen vergleichbare Daten zur tschechischen bzw. tschechoslowakischen Gesellschaft. Die Beiträge, die sich mit der (damaligen) ČSFR befassen, konzentrieren sich stark auf Wahlanalysen und die neu entstehende Parteienlandschaft (J. Havránek, Z. Klíma). Über die Grundmuster politischer Kultur in der postsozialistischen Tschechoslowakei und deren historische Wurzeln gibt der Aufsatz von F. Svátek einen Überblick.

Ein sehr vorsichtiger Optimismus und eine Reihe von Fragezeichen bei der Einschätzung der Chancen Ostmitteleuropas auf dem Weg zu einer demokratischen politischen Kultur verbindet die Autoren der einzelnen Beiträge. Einige Fragen, die 1992 offenblieben, wurden inzwischen von der politischen Entwicklung beantwortet. Das schmälert den Weg des vorliegenden Bandes keineswegs. Auf weitere Studien dieser Art, die einzelne Phasen des Wandels der politischen Kultur Ostmitteleuropas dokumentieren, kann man hoffen. Wenn man diesen Aspekt des Transformationsprozesses über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch beobachtet, dann könnte daraus die Grundlage für einen Vergleich der ostmitteleuropäischen Entwicklung mit der Erfahrung anderer postdiktatorischer Gesellschaften entstehen. Denn nicht zuletzt ist der Vergleich von politischen Kulturen und ihrer Demokratiefähigkeit eines der zentralen Anliegen der politischen Kulturforschung.

Berlin

Christiane Brenner